

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Oskätsche Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Nüthenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischbäre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beitzelle 15 Pfg. für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklametzelle 80 Pfg. Labelaufschlag Say nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 8

Bad Schandau Dienstag den 11. Januar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Staatssekretär Kellogg wird voraussichtlich am Mittwoch im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten die Mittelamerika-Politik der amerikanischen Regierung verteidigen.

* Der Präsident des Haager Schiedsgerichtshofes hat auf Ersuchen der polnischen Regierung Anordnungen für den Schutz der belgischen Missionare im Innern Chinas getroffen.

* Nach Informationen aus Tanger ist die Lage im spanischen Marokkogebiet wieder ziemlich unruhig. Infolge der Zwischenfälle sehe sich Spanien gezwungen, eine neue Intervention vorzubereiten. In Algier kam man einem erfolgreichen Waffenschmuggel auf die Spur, doch werden Neußerungen hierüber bisher geheim gehalten.

* Nach den neuesten statistischen Feststellungen beläuft sich die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten auf 123 288 000 Menschen.

* In Tulsa im Staate Oklahoma überfielen sechs Banditen die Staatsbank. Sie erschossen den Bankpräsidenten und Kassierer und raubten 50 000 Dollar.

* Bei einem Empfang Primo de Ribera in Arava stürzte eine eigens hierzu eingerichtete Ehrentribüne ein, auf der der Diktator mit seinem Gefolge Platz genommen hatte. Primo de Rivera nahm jedoch keinen Schaden.

* Nach einer Meldung aus Mexiko ist über Pascual Diaz, Bischof von Tabasco und Sekretär des mexikanischen katholischen Episkopats und über fünf andere Bischöfe die Haft verhängt.

Der Grund der Gegenseitigkeit bei internationaler Kulturarbeit.

Im Auftrage der Deutschen Akademie von Dr. phil. Dr. rer. pol. Franz Thierfelder, München.

Vor wenigen Monaten wurde in Berlin das ukrainische, vor einigen Wochen das japanische Institut eröffnet, zwei Ereignisse, die ein erfreuliches Zeugnis für den Wiederbeginn der geistigen Annäherung zwischen Deutschland und dem nahen und fernem Osten abgeben. Die mangelnde Vertrautheit des Deutschen der Vorkriegszeit mit den geistigen Strömungen des Auslandes, so weit es nicht dem Reiche unmittelbar benachbart war, hat allzu häufig zu einer schiefen Beurteilung des Weltgeschehens und der sich für unser Volk daraus ergebenden Folgen geführt, als daß man nicht heute von der Notwendigkeit einer allgemeinen Wissensverteilung auf außenpolitischem Gebiete durchdrungen wäre. So sind in letzter Zeit nicht nur eine Reihe von Instituten — zum Teil in enger Zusammenarbeit und mit geldlicher Unterstützung des betreffenden Fremdstaates — geschaffen worden, die sich die Erforschung und Pflege bestimmter Nationalkulturen angelegen sein lassen, sondern auch die Zahl der Lehrstühle und Dekorate für fremde Sprachen und Literatur ist an unseren Universitäten beträchtlich vermehrt worden.

Die Bemühungen Deutschlands, sich gründlicher in fremdes Wesen einzufühlen, werden reiche Früchte für das ganze Volk bringen; aber sie werden neue Sympathien auch bei den anderen Nationen wecken, die selbst aufs lebhafteste daran interessiert sind, eine Pflegestätte ihres Volkstums im Herzen einer großen Kulturnation zu besitzen. Handelt es sich doch z. B. bei der geplanten Umwandlung der Marburger Mexikobibliothek in ein Mexikoinstitut mit dem Sitz in Berlin um eine wissenschaftliche Forschungsstelle, die sich als erste in Europa ausschließlich mit einem über-amerikanischen Staate befassen wird. Es ist vielleicht deshalb einmal an der Zeit, auf die unbedingt notwendige Einhaltung des Grundgesetzes der Gegenseitigkeit hinzuweisen, der für jeden internationalen Austausch geistiger Güter gelten muß, wenn nicht einer der beiden Partner Schaden erleiden soll. Es hat den Anschein, als ob Deutschland nicht mit dem gleichen anerkennenswerten Eifer, mit dem es dem fremden Kulturwerte die Tore öffnet, auch seinerseits darauf dringt, daß in den Universitätsstädten und geistigen Brennpunkten des Auslandes das Deutschum die ihm gebührende öffentliche Anerkennung und wissenschaftliche Vertretung erhält. Daß auch heute noch die wirtschaftliche und finanzielle Mithilflichkeit unserer allgemeinen Lage es uns unmöglich macht, in einer der Bedeutung unserer Kultur entsprechenden Großzügigkeit das Deutschum in die Welt hinauszutragen, läßt sich nicht bestreiten; andererseits aber sollte doch erreicht werden, daß Gründungen wie den oben erwähnten Zug um Zug die Gegengründungen in den entsprechenden Ländern folgen. Es kommt zunächst nicht darauf an, daß wir in jedem Falle glänzend ausgestattete Institute ins Leben rufen müssen, die den höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen genügen; die Hauptsache bleibt das Fußfassen des Deutschums, die Bildung geistiger Mittelpunkte, um die herum sich sehr bald alle unser Volkstum fördernden Kräfte kristallisieren werden. Glänzliche Anfänge in Spanien (Madrid) und Portugal (Coimbra) zeigen, daß wir auch auf dem uns nicht allzu leicht zugänglichen Gebiete der geistigen Werbung für unser Volkstum heimisch zu werden beginnen; leider aber ist die Zahl derer, die in der Förderung des deutschen Volkstums im Auslande eine der politischen Tätigkeit durchaus gleichwertige Arbeit sehen, noch immer viel zu gering. Die Parlamente stehen dieser Aufgabe mit erschreckender Gleichgültigkeit gegenüber, und die einseitig wirtschaftlich eingestellten Kreise inner- und außerhalb unserer Grenzen verlieren vielfach die Wichtigkeit der geistigen Pioniertätigkeit aus den Augen.

Wenn wir uns also des neuen Japaninstituts in Berlin freuen, so wollen wir uns doch gleichzeitig daran erinnern, daß wir bei diesem 56-Millionenvolke trotz seiner reichen wissenschaftlichen, militärischen, volkshygienischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland außer der von einem Japaner geleiteten deutsch-japanischen Vereinigung in Osaka und der seit 1873 bestehenden deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens in Tokio keinen Sammelpunkt unserer asiatischen

Hindenburgs Verhandlungen über die Regierungskrise.

Beginn der parlamentarischen Arbeiten.

Nach Ablauf der Weihnachtspause sind die Krisenverhandlungen programmäßig am Montag wieder eröffnet worden. Auch der Haushaltsausschuss des Reichstages hat seine Arbeiten wieder aufgenommen. Er wird in den nächsten Tagen den Haushaltsplan für 1927 beraten. Hierzu ist bereits eine Anzahl von Abgeordneten im Reichstag anwesend. Fraktionsitzungen sind noch nicht angefügt, aber die Parteiführer haben untereinander bereits Besprechungen abgehalten. Von den Fraktionsvorständen trat Montag im Reichstag der der Deutschen Volkspartei zusammen, woran auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilnahm. Nach Beendigung dieser Sitzung hatten die Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz und Dr. Curtius, eine Besprechung mit den Führern der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Grafen Westarp und v. Lindener-Wilbau, über die Aussichten einer Kabinettsbildung durch Dr. Curtius. Für Dienstag ist der Vorstand der Zentrumspartei einberufen.

Über die Empfänge beim Reichspräsidenten wird bekannt, daß Hindenburg als ersten Parlamentarier den Reichstagspräsidenten Löbe empfing, um sich von diesem über die Stellung der Reichstagsparteien unterrichten zu lassen. Diese Besprechung hat eine weitere Klärung der innenpolitischen Lage indessen nicht gebracht. Weiterhin sind vom Reichspräsidenten noch die Abgg. Leicht (Bayer. Vp.), Bredt (Wirtsch. Bgg.), v. Guérard (Ztr.) und Graf Westarp (Dtn.) empfangen worden. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichspräsident die Absicht weiterverfolgen dürfte, den volksparteilichen Reichstagsabgeordneten und gegenwärtigen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen.

Reichstagspräsident Löbe begab sich sofort nach seinem Gespräch mit Hindenburg in die Sitzung des sozialdemokratischen Parteiaussschusses, der sich in Berlin zur Beratung über die Regierungsbildung versammelt hatte und erstattete dort Bericht über die politische Lage

Dr. Curtius mit der Regierungsbildung betraut.

Berlin, 10. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing heute in den Abendstunden den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung. Dr. Curtius nahm den Auftrag entgegen, behielt sich aber seine endgültige Entscheidung über die Übernahme der Kabinettsbildung vor, bis sich das Ergebnis der sofort einzuleitenden Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages übersehen läßt.

Eine Erklärung Dr. Curtius'

Berlin, 10. Januar. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius veröffentlicht in der Nationalliberalen Korrespondenz nach seiner Betrautung mit der Neubildung der Regierung folgende Erklärung:

Der Plan der Großen Koalition, der vor dem Sturze des Kabinetts Marx die parlamentarische Lage beherrschte, ist durch die bekannten Ereignisse zerschlagen worden. Die Stetigkeit der deutschen Politik setzt aber nach wie vor die Bildung einer Minderheitsregierung voraus. Infolgedessen müssen Brüdern nach rechts geschlagen werden. Graf Westarp hat vor der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum erklärt, daß es sich bei der Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei nicht

um die Regierungspolitik handele, sondern lediglich um die Klärung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Es gilt, auf den bisherigen Grundlagen der bisherigen Politik der Mitte Gemeinsamkeit mit der Deutschnationalen Volkspartei zu ermöglichen. Die Presseveröffentlichungen der letzten Zeit dürfen von diesem Plan nicht abstrahieren. Die Lösung der Krise erfordert Verhandlungen der verantwortlichen Instanzen der Parteien. Solche Verhandlungen von der Mitte nach rechts zu führen, bin ich von dem Herrn Reichspräsidenten beauftragt. Wenn sie gelingen, werden sie nicht zu einem „Wahlbürgerblut“ führen. Auch eine Regierung mit den Deutschnationalen wird das Gemeinwohl und die soziale Notwendigkeit schützen, wie die bisherige Regierung der Mitte.

Die Deutschnationale Partei zur Regierungskrise.

Berlin, 11. Januar. Die Deutschnationale Volkspartei nimmt zur Beauftragung des Wirtschaftsministers Curtius in folgender Erklärung Stellung: Der vom Herrn Reichspräsidenten erteilte und vom Herrn Minister Curtius angenommene Auftrag, durch Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei eine feste Regierungsgemeinschaft zu bilden, weist den einzigen Weg, auf dem die Lösung der Regierungskrise möglich ist. Beim Zentrum liegt also nunmehr die Entscheidung, ob es diesen Weg beschreiten oder eine Regierungskrise von unabsehbarer Dauer und eine Verwirrung aller Verhältnisse herbeiführen will.

unerechten besitzen, der der Vereinerung des Berliner Instituts entspricht. Dasselbe gilt für die Ukraine, obwohl die kulturellen und politischen Verbindungen mit Deutschland, bzw. Preußen schon in früheren Jahrhunderten überraschend fest und zahlreich gewesen sind. Es ist also dringend zu wünschen, daß sich Deutschland im internationalen Kulturaustausch nicht nur empfangend, sondern auch gebend beteiligt; das entspricht einmal den Grundsätzen der Billigkeit, andererseits aber dürfen wir nie vergessen, daß wir fremden Einflüssen nur allzu leicht erliegen und keine Gelegenheit zum Ausatmen dieser Schwäche veräumen dürfen.

Die deutschen Ostfestungen.

Französische Seite.

Die Pariser Blätter „Matin“, „Echo de Paris“, „Journal“ und in verringertem Umfange auch „Petit Parisien“ veröffentlichten am 10. d. in den nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen des Generals von Pawelski mit den militärischen Sachverständigen der Bolschewikerkonferenz über die Frage der östlichen deutschen Festungen und der Begriffsbestimmungen für Kriegsmaterial Artikel, die ohne Zweifel von militärischer Seite inspiriert wurden. Die Tendenz sämtlicher Artikel geht darauf hinaus, die Verhandlungen zu erschweren oder sicherlich nicht zu erleichtern. Es ist deshalb erforderlich, diese Sabotage anzudeuten, da man aus ihr schließen darf, daß gewisse französische Kreise, die sich in den letzten Tagen so auffällig bemühen, die Frage der Rheinlandbesetzung wieder zu einem Gegenstand der allgemeinen Erörterung zu machen, jetzt den Augenblick für gekommen halten, um entgegen der Tendenz des Büllobrundrates, der die Beendigung der interalliierten Militärkontrolle beschlossen hat, in irgendeiner Form etwas zu „retten“, was Deutschland unmöglich annehmen kann, nachdem es gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes geworden ist und nachdem ihm die Vollversammlung in Genf bereits im Monat September feierlich bescheinigt hat, daß es entwarfne ist.

Mit dieser französischen Stimmungsmache beschäftigt sich die Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz.

der gute Beziehungen zum Reichsaußenministerium nachgesagt werden. Die Korrespondenz weist darauf hin, daß es sich bei den Ausführungen der Pariser Presse um eine bereits früher einmal versuchte Konstruktion eines Unterschiedes zwischen Befestigungen defensiven und solchen offensiven Charakters handelt. In bezug auf den angeblich offensiven Charakter der deutschen Befestigungen ist auf die Logik der Tatsachen zu verweisen, wonach höchstens die Anbringung sehr weitreichender Geschütze eine offensive Absicht demonstrieren könnte. Eine Konstruktion solcher Geschütze sei aber in Deutschland bekanntlich verboten, so daß im Ernstfalle die deutschen Festungen sich artilleristischen Gegnern gegenübersehen würden, die außer Reichweite der deutschen Festungsartillerie lägen. Schon hieraus ergebe sich zweifellos, daß jede deutsche Befestigung von vornherein nur noch einen beschränkten defensiven Charakter habe.

Die Korrespondenz verweist im übrigen darauf, daß außer den 22 Geschützen von Stönißberg die zugelassenen Bestückungen der Ostfestungen, die in dem Versailles Vertrag vorgesehen waren, nicht vorhanden seien, da durch das Ultimatum von London nachträglich und im Widerspruch mit dem Vertrag von Versailles uns auch diese Geschütze entnommen worden seien.

Die Verhandlungen über die Restpunkte.

Paris, 10. Januar. General von Pawelski und Legationsrat Forster haben die Verhandlungen mit der Bolschewikerkonferenz aufgenommen. Im Laufe des Montags fand die erste Besprechung mit dem Generalsekretär Massigle statt. Für die erste Zeit sind nur private Unterhaltungen vorgesehen, bei denen man sich bemühen wird, die gegenseitlichen Anschauungen soweit als möglich einander anzugleichen, um dadurch die spätere Behandlung durch die Bolschewikerkonferenz zu erleichtern. Um 7 Uhr stellten die deutschen Unterhändler dem Präsidenten der Bolschewikerkonferenz,